



Eingang: 24.01.2006, 11.10 Uhr

NR 2207

Frankfurt, den 24. Januar 2006

Antrag der SPD-Fraktion im Römer

Ende der juristischen Auseinandersetzung bei der Städtischen Bühnen GmbH

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, im Aufsichtsrat der Städtischen Bühnen GmbH dafür zu sorgen, dass die juristische Auseinandersetzung zur Gültigkeit der Betriebsratswahlen beendet wird.

Begründung:

Nach der letzten juristischen Niederlage der Städtischen Bühnen GmbH ist wieder deutlich geworden, dass eine Lösung vor Gericht nicht zum Erfolg führen wird. Eine Weiterführung des Verfahrens bedeutet die Verschwendung von Steuergeldern.

SPD-Fraktion im Römer

Klaus Oesterling
Fraktionsvorsitzender

K - StR Dr. Hans-Bernhard Nordhoff